



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben vom 23.04.2026:

zu 7.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Resolution „Förderung der Kommunen sinnvoll gestalten: Bürokratische und ineffiziente Fördermittelpolitik reformieren“**
Vorlage: VIII/2026/02270

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

3 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union dazu auf, das bürokratische und ineffiziente System der Fördermittelpolitik zu überarbeiten.

Mindestens 50% der jährlichen Auszahlung von Fördermitteln für bauliche Infrastrukturprojekte einer Kommune sollen für bauliche Erhaltungsmaßnahmen an kommunaler Infrastruktur frei verwendet werden können und somit keiner konkreten Projektbindung unterliegen damit diese auch für kleinere kommunale Baumaßnahmen wie zum Beispiel Reparaturen und Werterhaltungsmaßnahmen eingesetzt werden können.

Ziel muss es sein die Kommunen unbürokratisch bei der Umsetzung sinnvoller Bauprojekte vor Ort zu unterstützen und öffentliche Finanzmittel zu schonen, statt diese wertvollen Ressourcen, die aus Steuereinnahmen finanziert oder refinanziert werden müssen, für aufgeblähte und teils unnütze Großprojekte zu vergeuden, welche in dieser Dimension ohne Zuwendungen Dritter nie errichtet würden.

F.d.R.

Lisa Leluk
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

23.04.2026

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben vom 23.04.2026:

zu 7.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung einer Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union (KITU)**
 Vorlage: VIII/2026/02265

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob eine Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Kommunalen IT-Union eG (KITU) sinnvoll und wirtschaftlich ist.
2. darzustellen, welche IT-Fachverfahren und Leistungen perspektivisch über die KITU übernommen bzw. ausgelagert werden könnten und welche Entlastung dies für die städtische IT-Struktur bedeuten würde.
3. zu prüfen, inwiefern eine KITU-Mitgliedschaft zur strategischen Weiterentwicklung der städtischen IT – insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, Smart City und IT-Sicherheit – beitragen kann.

F.d.R.

Lisa Leluk
Protokollführerin